

Nr. 511 | Februar 2021

3 INFO:3

Infoheft der Sozialdemokratischen Partei Zürich 3

SP

Editorial

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Ich geb's gern zu, ich bin keine Frühaufsteherin. Mit der aktuellen Homeoffice-Realität noch weniger. Als ich also am diesjährigen 6. Januar die Haustür meines Wiedikonener Altbaus öffnete und mir die Schneewehen entgegenkamen, war meine Motivation, am Goldbrunnenplatz Dreikönigskuchen zu verteilen, gleich null. Aber was tut man nicht alles für die SP und speziell für die Transparenz-Initiative.

Mit klammen Fingern strecke ich vorbeieilenden Passanten einen Dreikönigskuchen hin: «Dörf ich ihne en Drüükönigschueche mitgeh, es het au sicher en König dinne - ou und es gaht au um Transparenz, also ide Politik und so.» Da waren die meisten Schneegeplagten auch schon wieder an mir vorbei. Dabei ist es doch wirklich eine sehr schöne Initiative. Es geht um ein Thema, das jede und jeden von uns betrifft - woher kommt das Geld? Das muss man sich beim Einkauf im Migros fragen, wenn man einen Arbeitgeber aussucht und eben auch in der Politik.

So nickte dann auch eine blonde Frau mittleren Alters als sie kurz stehen blieb und den Dreikönigskuchen entgegennahm. «Ja moll, das finde ich eigentlich eine gute Sache.» Die Transparenz-Initiative kommt noch dieses Jahr zur Abstimmung.

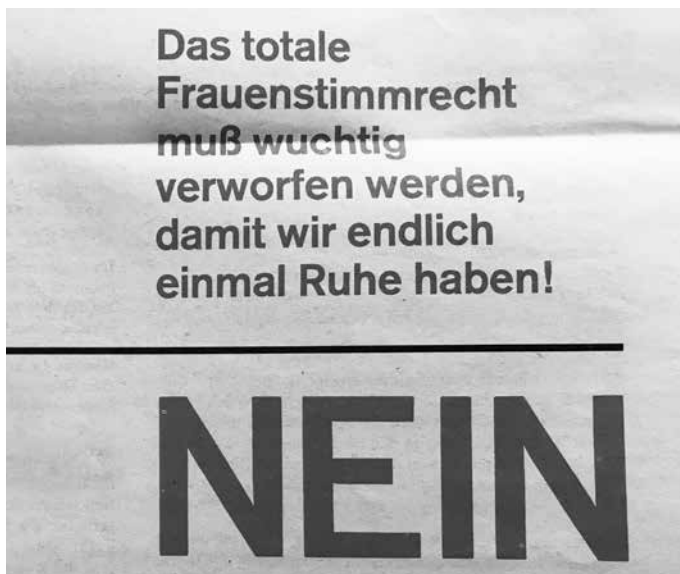
Kathrin Fink



Plakat des Ja-Komitees zum Frauenstimmrecht im Kanton Zürich.

50 JAHRE FRAUEN- STIMMRECHT - GRUND ZU FEIERN?

An einem Abend im Dezember besuchen wir das Sozialarchiv – natürlich mit Mundschutz und dem nötigen Abstand – und widmen uns anlässlich des 50-Jahr Jubiläums des Schweizer Frauenstimmrechts den SP 3-Akten mit der Frage, wie denn unsere Sektion diesen Meilenstein der Schweizer Demokratie erlebt hat. **Text: Eliane Schenk und Rebekka Plüss**



Das Plakat der Gegner.

Am Ende dieses schwierigen Jahres sitzen wir über den Protokollbüchern der SP 3 und den Berichten der Frauengruppe von 1971. Wir sind überzeugt, in den Quellen nach der Abstimmung vom 9. Februar grosse Freude und Erleichterung vorzufinden. Wir erwarten Berichte von euphorischen Frauen, die das Stimmrecht feiern - endlich! Ein bedeutender Schritt in Richtung Gleichberechtigung.

Bald macht sich bei uns aber Ernüchterung breit, denn statt ausgelassenen Feiern finden wir fast gar nichts. Im ersten durchaus ausführlichen Vorstandsprotokoll der SP 3 nach der Abstimmung wird das Frauenstimmrecht mit keiner Silbe erwähnt. Der Bericht der Frauengruppe SP 3 nimmt im GL-Protokoll vom April 1971 zwar viel Raum ein, berichtet wird aber vor allem von Gärtnerei- und Ausstellungsanlässe, welche leider schlecht besucht sind - ob "man" es vergessen habe? Und auch eine Bildungsveranstaltung zum Ausfüllen der Steuererklärung für alleinstehende Frauen (und immerhin auch für diejenigen Frauen, die sich mit dem Problem der Steuern alleine befassen wollten) am 1. Februar 1971 sei auf enttäuschend wenig Interesse gestossen. Erfreulich war zumindest die Jahresschlussfeier gemeinsam mit der Kreispartei, wo die Frauengruppe wie immer um die Dekoration besorgt war: "Es war erstaunlich, was da aus unseren

Gärten an getrockneten Kostbarkeiten vorhanden war. Die Tische im Restaurant Schweighof wirkten mit unseren geschmückten alten Ankehäfelis sehr gemütlich. [sic!]" Und dann kommt's, am Schluss des Berichts, ganz beiläufig: Hanni Meister, die Präsidentin der SP 3-Frauengruppe ruft dazu auf, dass doch die Frauen vermehrt an Parteiversammlungen teilnehmen und sich über die Abstimmungsvorlagen informieren sollen, "sind wir doch seit November 1970 im Kanton und im Februar 1971 auch in eidgenössischen Belangen stimm- und wahlberechtigt." Mussten die Frauen also darüber aufgeklärt werden, dass sie nun abstimmen konnten? War es nicht in aller Munde? Ungläubig schauen wir uns an, als wir uns die Zeilen gegenseitig vorlesen. Liebend gern würden wir in der Zeit zurückreisen und die damaligen SP 3-Frauen wachrütteln. Warum zeigten sie bloss so wenig Engagement? Warum blieb der Tatenrang nach so vielen Jahren der Benachteiligung aus?

Die Männer hatten grosszügig Ja gesagt, nun war es wohl an der Zeit, dass

**IN DEN VORSTANDS-
PROTOKOLLEN
FINDEN WIR ZUM
FRAUENSTIMMRECHT:
NICHTS.**

man sich dankbar zeigt. Frau sollte nun beweisen, dass sie zur Politik fähig ist. Dabei soll sie auch bei Rückschlägen stets mutig bleiben. Bloss nicht aufgeben, wenn die Wahl nicht auf Anhieb gelingt. Bei den Zürcher Gemeinderatswahlen 1970, an welchen erstmals auch Frauen kandidierten, wurden ihre Namen oft gestrichen und so schaffte es im Kreis 3 nicht eine einzige Frau in den Gemeinderat. Im Protokoll der Vorstandssitzung steht dazu: "Die Gründe dafür sind noch zu prüfen. Den Kandidatinnen wird als Anerkennung für ihren Mut und ihren Einsatz ein Blumenstrauß überreicht." War der Druck, der auf den Frauen lastete, zu gross? Hat der noch ausstehende Beweis, dass man es verdient hat, hier zu stehen, die Frauen entmutigt?

Noch heute werden die Ausnahmen unter uns gefeiert. Es wird die Präsidentin, die Pilotin, die Physikerin noch immer ins Scheinwerferlicht gerückt und gleichzeitig auch unter dem Brennglas wahrgenommen. Hat sich eine Frau hochgearbeitet, bleibt die permanente Beobachtung bestehen. Jeder ihrer Schritte wird verfolgt und an ihrem Erfolg, nicht nur ihre Arbeit, sondern auch die Berechtigung, als Frau eine gewisse Position einzunehmen, geprüft.

Lasst uns endlich aufhören die einzelne Frau als Ausnahme zu feiern und räumen wir endlich Platz für alle ein. Nur durch breite Beteiligung und die Sichtbarkeit vieler Frauen kann die Gleichberechtigung zur Normalität, ja zur Selbstverständlichkeit werden. Kämpfen wir weiter für eine Gesellschaft, die allen eine Stimme verleiht, nicht nur den besonders mutigen und talentierten, nicht nur den sehr starken unter uns. Niemand soll sich ob der "Grosszügigkeit" der Männer, den Frauen Rechte und Aufgaben zuzugestehen, einschüchtern lassen. Noch ist die Gleichberechtigung nicht erreicht, noch ist ein Feiern ohne Vorbehalte fehl am Platz, doch wir werden auch die nächsten 50 Jahre keine Ruhe geben. «



Die orangenen KVI-Fahnen prägten das Bild der Schweiz.

Volksabstimmungen

WIRTSCHAFT FÜR MEHR KONZERNVERANTWORTUNG?

Unser Sektionsmitglied Jela Kistler war bis Ende 2020 Kampagnenmitarbeiterin bei der Konzernverantwortungsinitiative und berichtet über den Abstimmungskampf.

Text: Jela Kistler

Am 29. November sagte die Schweizer Stimmbevölkerung Ja zur Konzernverantwortungsinitiative (KVI). Weil eine Mehrheit der Kantone die KVI ablehnte, scheiterte sie dennoch am Ständemehr.

Als ich im Juni 2018 zum Verein Konzernverantwortungsinitiative stiess, hätte ich mir ein solches Resultat nicht zu erträumen gewagt. Als Kampagnenmitarbeiterin war ich zuständig für den Aufbau eines Komitees aus Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich für ein Ja zur KVI aussprechen. Eine Herausforderung – immerhin bekämpfte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse die KVI an vorderster Front.

ANSPRUCHSVOLLER AUFBAU DES WIRTSCHAFTSKOMITEES

Aber auch sonst war dies kein leichtes Unterfangen: Die wenigsten Unternehmer*innen sind es gewohnt, bei Abstimmungen öffentlich Stellung zu beziehen. Nicht nur haben Wirtschaftsvertreter*innen wenig Zeit für ein solches Engagement. Viele befürchteten negative Konsequenzen für das

eigene Geschäft. Politik wird deshalb weitgehend den Wirtschaftsverbänden überlassen – und bei der KVI stellten sich diese klar gegen das Volksbegehren. Befürwortende Unternehmer*innen brauchten also auch eine Portion Mut, um sich öffentlich gegen ihre Interessenverbände zu stellen.

Dennoch taten es einige. Denn auch für viele Unternehmer*innen ist der Schutz der Menschenrechte oder einer intakten Umwelt ein zentrales Anliegen. Insbesondere KMU-Vertreter*innen empfinden es zudem als störend, dass sie in der Schweiz eine ganze Reihe von Vorschriften einhalten müssen, während sich global tätige Konzerne teilweise selbst über minimale Standards hinwegsetzen. Anderen wiederum liegt der Ruf der Schweiz am Herzen: «Swissness» soll auch für eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft stehen.

Ende 2018 lancierten wir also unser «Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen» – mit 90 Unternehmer*innen und einem Gründungsanlass im Landesmuseum. Unter den Rednern war der langjährige SRF-Abstimmungs-

kommentator Claude Longchamps, der die einmalig breite Abstützung der Initiative hervorheben sollte. Stattdessen erläuterte er den Anwesenden die typische «Rutschbahn» (rapide Abnahme von Zustimmungswerten) bei Volksinitiativen und prognostizierte der Initiative eine klare Niederlage an der Urne.

ÜBER 300 UNTERNEHMER*INNEN ENGAGIEREN SICH

Zwei Jahre später wagte Longchamps keine derartige Prognose mehr. Wenige Wochen vor dem Urnengang war der sichere Ja-Anteil stabil; Befürworter*innen fanden sich in allen politischen Lagern. Das Wirtschaftskomitee war auf über 300 Unternehmer*innen angewachsen. In Gastbeiträgen erklärten Komiteemitglieder, warum sie für die Initiative einstehen. Bei Streitgesprächen wurde deutlich, dass die Wirtschaft gespalten ist. In der ganzen Schweiz hingen Plakate mit Wirtschaftsvertreter*innen und auf zig Podien duellierten sich «meine» Unternehmer*innen mit Ständerätinnen, Arbeitgeberpräsidenten, Economiesuisse-Vertretern oder der Justizministerin. Mit jedem Interview, jedem Auftritt und jedem Streitgespräch steigerte sich bei den Komiteemitgliedern auch die Lust an der politischen Debatte.

nierendes Netz von Strukturen und Kanälen zurückgreifen, denen unser Wirtschaftskomitee wenig entgegenzusetzen hatte.

Dennoch: Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung sagte Ja zu mehr internationaler Solidarität. Und das inmitten einer Pandemie. Zusammen mit NGOs, kirchlichen Akteuren und zahlreichen Politiker*innen haben 300 Unternehmer*innen Economiesuisse und Co. das Fürchten gelehrt. Ich bin überzeugt, dass diese Politisierung – auch bei Unternehmer*innen – Früchte tragen wird. <<

SWISSNESS» SOLL AUCH FÜR EINE SOZIAL- UND UMWELTVERTRÄGLICHE WIRTSCHAFT STEHEN.

Am Schluss setzte sich leider die gut geölte Maschinerie der Gegenseite durch. Wirtschaftsverbände, Industrie- und Handelskammern, Gewerbevereine und Branchenverbände – die Gegner*innen konnten für ihr Nein auf ein funktio-

Anzeigen



edelmann energie

Energie und Nachhaltigkeit am Bau

Wir setzen SP-Politik in die Praxis um:

- Energie-Effizienz
- Erneuerbare Energien
- 2000-Watt-Gesellschaft

Allmendstrasse 149, 8041 Zürich
www.edelmann-energie.ch

links, ökologisch
und auch im Kreis 3
zu Hause



INKA DRUCK AG ZENTRALSTRASSE 156
CH-8003 ZÜRICH WWW.INKA.CH

Aus dem Kantonsrat

VORSTÖSSE MIT CHANCEN

Im Kantonsrat arbeite ich an einer Vielfalt von Themen. Im Zentrum stehen dabei sozialpolitische, asylpolitische und staatspolitische Inhalte. **Text: Sibylle Marti, Kantonsrätin**

Es motiviert mich, dass im neu zusammengesetzten Kantonsrat die Chancen besser stehen, SP-Vorschläge mehrheitsfähig zu machen. Ich beschränke mich in diesem Bericht auf zwei Vorstösse, an denen ich in den vergangenen Monaten intensiv gearbeitet habe – und die, so hoffe ich, im Parlament eine Mehrheit finden werden!



Sibylle Marti,
Kantonsrätin

ILLEGALE ADOPTIONEN HISTORISCH AUFARBEITEN

Im letzten Mai habe ich ein Postulat eingereicht, das den Kanton Zürich dazu auffordert, die illegalen Adoptionen aus Sri Lanka historisch aufzuarbeiten. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts wurden in der Schweiz zahlreiche Kinder aus Sri Lanka unter illegalen oder zumindest zweifelhaften Bedingungen adoptiert. In keinem anderen Kanton wurden mehr solche Adoptionen durchgeführt als in Zürich. Von schweizweit 881 Fällen im Zeitraum zwischen 1979 und 1997 fallen ganze 201 auf den Kanton Zürich – also fast ein Viertel aller Fälle.

Obwohl die Behörden bereits früh über den Kinderhandel informiert waren, verhängten sie keinen Adoptionsstopp. Die gesetzlichen Grundlagen in der Schweiz überliessen den Vollzug im Adoptionswesen den Kantonen. Damit sind auch die Kantone in der Pflicht, wenn es um die Aufarbeitung geht. Als Kanton mit der höchsten Anzahl an Adoptionen aus Sri Lanka kommt dem Kanton Zürich hier eine besondere Rolle zu.

Mit meinem Postulat habe ich die historische Aufarbeitung der Umstände rund um die illegalen Auslandsadoptionen seit den 1960er Jahren gefordert. Der Bericht soll von einer unabhängigen Expert*innengruppe erarbeitet werden und die Vorgänge im

Kanton Zürich und ihre Folgen untersuchen. Zudem soll den Betroffenen ein uneingeschränkter Zugang zu den Akten ermöglicht sowie die Archivierung der Akten geregelt werden.

Das Postulat hat gute Chancen, im Kantonsrat eine Mehrheit zu finden, und es hat schon eine positive Wirkung erzeugt. So hat der Regierungsrat bereits veranlasst, dass die Zentralbehörde Adoption beim Amt für Jugend und Berufsberatung sowie das Staatsarchiv Betroffenen unentgeltliche Unterstützung bei Recherche, Akteneinsicht und Herkunftssuche bieten. Als Politikerin und Historikerin bin ich der festen Überzeugung, dass der historischen Aufarbeitung eine grosse Bedeutung zukommt, um das Unrecht, das den Betroffenen zugefügt wurde, gesellschaftlich anzuerkennen!

STELLVERTRETUNGSREGELUNG FÜR PARLAMENTSMITGLIEDER

Im November habe ich eine Parlamentarische Initiative eingereicht, um eine Stellvertretungsregelung für Zürcher Parlamentsmitglieder zu schaffen. Unter SP-Federführung hat der Zürcher Gemeinderat eine Behördeninitiative mit ähnlicher Stossrichtung eingereicht. Für Milizpolitiker*innen stellt die Vereinbarung von Beruf, Familie und Betreuungsarbeit sowie politischem Engagement eine grosse Herausforderung dar.

So gibt es in politischen Karrieren immer wieder Phasen, wo es kurzzeitig schwierig sein kann, sich der Politik mit der nötigen Zeit und Energie zu widmen, zum Beispiel bei der Geburt eines Kindes, wenn man schwer krank wird oder einen Unfall hat, aber auch aufgrund von beruflichen und ausbildungsmässigen Anforderungen. Genau für diese Phasen ist eine Stellvertreterlösung sinnvoll.

Gleichzeitig ist die Schaffung einer Stellvertreterregelung ein fruchtbares Instrument der Nachwuchsförderung für die Parteien. Sie ist eine ideale Möglichkeit, zukünftige Ratsmitglieder zu rekrutieren und ihnen erste Erfahrungen in der Parlamentsarbeit zu verschaffen. Aber auch im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Stellvertreterregelung von grosser Bedeutung. Ohne die Möglichkeit einer Stellvertretung sind Frauen bei Schwangerschaft und Geburt in der Politik nach wie vor benachteiligt.

Stellvertreterregelungen in Parlamenten sind übrigens auch kein Novum. Die Kantone Jura, Neuenburg, Genf, Wallis und Graubünden kennen seit vielen Jahren Stellvertretungsregelungen. Der Erhalt eines Milizsystems, das es Menschen mit ganz unterschiedlichen beruflichen und biografischen Hintergründen erlaubt, politisch tätig zu sein, hat für mich eine grosse Priorität. Wenn wir das Milizsystem erhalten wollen, müssen wir es aber auch für die Zukunft rüsten und an gewandelte gesellschaftliche Strukturen und Herausforderungen anpassen. Ob die Idee einer Stellvertretungsregelung im Kantonsrat am Ende eine Mehrheit finden wird, ist noch offen. Ich bin aber überzeugt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um diese Diskussion zu beginnen!



Abstimmung

2X NEIN ZUR SCHEINLOGIK!

Anja ist eine gute Skifahrerin. Anja ist Walliserin. Also müssen alle Walliser*innen gute Skifahrer*innen sein! Aus zwei bekannten Fakten einen Fehlschluss zu ziehen, wird als Scheinlogik bezeichnet. Genau das ist der Fall bei der Nationalitätennennung, über welche wir am 7. März 2021 abstimmen. **Text: Luca Dahinden**

Die zwingende Nennung der Nationalität in Polizeimeldungen, wie sie die Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» der SVP und der Gegenvorschlag des Kantonsrates verlangen, führen zu pauschalisierenden Schlüssen und damit zu Vorurteilen gegenüber Ausländer*innen. Doch wie ist es so weit gekommen, dass wir im Kanton Zürich darüber abstimmen müssen?

Am 9. März 2020 hat der Zürcher Kantonsrat einem Gegenvorschlag zur Initiative der SVP erarbeitet. Diese Initiative fordert, dass sämtliche Polizeikorps im Kanton Zürich in Medienmitteilungen die Nationalität sowie einen allfälligen Migrationshintergrund von Täter*innen, Tatverdächtigen und Opfern nennen müssen. Der Gegenvorschlag hingegen will die Nennung sämtlicher Nationalitäten, nicht aber des Migrationshintergrunds, im Polizeigesetz vorschreiben.

AUSSCHLAGGEBEND FÜR DIE STRAFFÄLLIGKEIT SIND SOZIOÖKONOMISCHE FAKTOREN.

Mehrere Parteien und Organisationen, darunter auch die SP Stadt Zürich und die JUSO Kanton Zürich, haben das Referendum gegen diesen Gegenvorschlag ergriffen, weil das Kernproblem bestehen bleibt – die zwingende Nennung der Nationalität(en) in sämtlichen Medienmitteilungen der Polizei. Im kommenden Abstimmungskampf gilt es, sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag zu versenken.

NATIONALITÄT HAT KEINEN EINFLUSS AUF DIE STRAFFÄLLIGKEIT EINER PERSON

Sämtliche Studien zum Thema belegen: Ausschlaggebend für die Straffälligkeit einer Person sind sozioökonomische Faktoren wie Bildung, soziale Schicht oder andere prägende Begebenheiten im Leben einer Person. Bei der durch die Initiative aufgegriffene Debatte geht es daher nicht um Transparenz, sondern um das proaktive Schüren von Ausländer*innenfeindlichkeit in der Gesellschaft.

ECHTE TRANSPARENZ STATT INFORMATIONEN OHNE KONTEXT!

Nur die wenigsten Zürcher*innen lesen die Medienmitteilungen der Polizei, viel mehr sind es Medien, die die Bevölkerung über Straftaten informieren. Wird in einer medialen Berichterstattung die Nationalität der straffälligen Person genannt, zeigen mehre Studien, dass die Nationalität überproportional bei Ausländer*innen genannt wird. Somit ergibt sich ein verzerrtes mediales Bild, in welchem Ausländer*innen denn grössten Teil der Straftaten begehen, was mit der Realität nicht übereinstimmt. Denn Transparenz über die vielschichtigen Faktoren schafft die jährliche Kriminalstatistik der Stadt- bzw. Kantonspolizei.

GEMEINDEAUTONOMIE STATT KANTONALER BEVORMUNDUNG!

Der Grund, weshalb die SVP überhaupt die Initiative lanciert hat, liegt einem Beschluss des Zürcher Gemeinderates zugrunde, die Nationalitäten nur noch auf Anfrage zu nennen. Diesen Vorstoss von SP und GLP konnte die SVP auf städtischer Ebene nicht verhindern und versucht nun über eine kantonale Regelung den Stadt Zürcher Entscheid rückgängig zu machen. Die Regelung auf Kantonsebene bedeutet somit einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie der Stadt Zürich und hebt einen demokratisch legitimierten Entscheid auf.

KEINE ZWEITKLASSSCHWEIZER*INNEN

Die SVP-Initiative verlangt zusätzlich zur Nennung der Nationalitäten auch die Nennung eines allfälligen Migrationshintergrundes auf Anfrage und schafft damit eine Unterscheidung zwischen Schweizer*innen mit und Schweizer*innen ohne Migrationshintergrund. Was einerseits rechtlich nicht umsetzbar ist, da kein Register mit Migrationshintergründen besteht, ist auch brandgefährlich. Denn es spricht gewissen Schweizer*innen ab, vollwertige Schweizer*in zu sein. Diese Einteilung in Zweitklassenschweizer*innen gilt es vehement zu bekämpfen.

Luca Dahinden

Vorstandsmitglied SP Zürich 3

Mitglied des Referendumskomitee Scheinlogik

JACQUELINE PETERS INS PRÄSIDIUM DER KREISSCHUL- BEHÖRDE UTO

Am 7. März 2021 findet der 1. Wahlgang für das Präsidium der Kreisschulbehörde Uto statt. Mit Jacqueline haben wir eine super Kandidatin, die wir euch bereits in der letzten Ausgabe vorgestellt haben. So könnt ihr Jacqueline noch unterstützen:

- Helft an einer Standaktion der SP 3 mit!
- Motiviert Bekannte, eure Familie und Nachbarn, Jacqueline zu wählen!
- Und besonders wichtig: Geht selber wählen!

Vielen Dank für eure Unterstützung.
Euer SP 3 Vorstand

Geburtstage

[WIR GRATULIEREN]

» Willi Vogel

am 9. Februar zum 96. Geburtstag

» Ernst Surber

am 25. Januar zum 92. Geburtstag

» Gyula-Jules Piros

am 23. Januar zum 90. Geburtstag

» Hans Leiser

am 1. Januar zum 89. Geburtstag

» Karl Eberli

am 23. Februar zum 83. Geburtstag

» Silvia Meyer Hirt

am 17. Februar zum 82. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch!

GEMEINDERATS- WAHLEN 2022

Die nächsten Gemeinderatswahlen finden am 13. Februar 2022 statt. Doch bereits in den nächsten Monaten erfolgt die Suche und Nominierung der Kandidierenden für die SP 3. Im Folgenden findet ihr alle wichtigen Daten.

9. MÄRZ 2021

Infoanlass für potentielle Kandidierende mit Davy Graf, Präsident der Gemeinderatsfraktion der SP (Anmeldung: bit.ly/3IRIfCL)

23. MÄRZ 2021

Wahl der Findungskommission an der Generalversammlung der SP 3

ENDE MÄRZ 2021

Ausschreibung Gemeinderatswahlen Ende April 2021
Deadline für Bewerbungen

GANZER MAI 2021

Gespräche mit Bewerber*innen

MITTE JUNI 2021

Einladung für Nominations-Generalversammlung inkl. Listenvorschlag

6. JULI 2021

Nominations-Mitgliederversammlung der SP 3

28. AUGUST 2021

Kandidierenden-Schulung und Fototermin - obligatorisch für alle Kandidierenden

GENERAL- VERSAMMLUNG DER SP 3

Am Dienstag, 23. März 2021 findet um 20.00 Uhr unsere alljährliche Generalversammlung statt. Voraussichtlich werden wir diese digital durchführen müssen. Sollte eine Veranstaltung vor Ort jedoch möglich sein, werden wir euch gerne im Falken bei der Schmiede Wiedikon begrüßen. Weitere Informationen werden Anfang März mit der Einladung per Brief verschickt.

Impressum

[NR. 511]

Herausgeberin »

Sozialdemokratische Partei
Zürich 3, Postfach, 8036 Zürich,
info@sp3.ch, www.sp3.ch

Redaktion » Infogruppe SP3,
Samuel Schweizer, Simon Bock,
Flavien Gousset, Kathrin Fink,
Roland Schaller

Gestaltung »

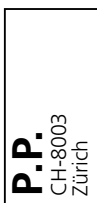
bmquadrat.ch

Jahrgang Info:3 »

51. Jahrgang

Auflage » 475 Exemplare

Druck » Inka Druck AG, Zürich,
www.inka.ch



A-PRIORITY



Anzeige

.....
ABC - Dienst
Sihlfeldstrasse 123

Hanspeter Huber
8004 Zürich

Allgemeines Beratungs-Center und Dienstleistungen -----
----- für Gewerkschaften sowie AVIVO-Mitglieder

Telefon 044 242 48 12
FAX 044 242 43 58
ao.buero.gmbh@sunrise.ch

Steuererklärungen, Briefe an öffentliche Einrichtungen wie
Gesuche für Ergänzungsleistungen, Hilfslosentschädigungen,
sowie Kündigungen und Hilfe beim Ausfüllen von Formularen.

Wir erledigen alles zuverlässig, schnell und preiswert.